

»Ein massiver Angriff«

Muss eine liberale Uni in Budapest schließen? Fragen an den Rektor

DIE ZEIT: Herr Ignatieff, vor wenigen Tagen hat die Regierung Orbán ein neues Gesetz durch das ungarische Parlament gebracht, das die Existenz der Central European University (CEU) bedroht, die Sie als Rektor leiten. Was genau befürchten Sie?

Michael Ignatieff: Das Gesetz ist ein massiver Angriff auf unsere Universität. Wir sollen in Ungarn nicht mehr als eigenständige Hochschule anerkannt werden, es sei denn, wir nehmen auch in unserem Heimatland, den USA, eine faktische Hochschulstätigkeit wahr. Wir haben 1800 Studenten, bestehen in Budapest seit mehr als 25 Jahren. Nun will man uns ins Abschieben stellen.

ZEIT: Sie vergeben US-amerikanische Abschlüsse, obwohl Ihre Uni in Budapest steht. In den USA haben Sie weder einen Campus noch Dozenten. Warum nicht?

Ignatieff: Unser Zentrum für Lehre und Forschung liegt nun einmal in Budapest. Wir sind in den USA akkreditiert, wir erfüllen alle Vorgaben für Universitäten aus den USA. Renommierte Erhebungen zählen uns zu den 50 besten Hochschulen weltweit. Wir werden dennoch keinen US-Campus eröffnen, der Aufwand wäre immens. Dieser Teil des Gesetzes ist pure Schikane und zeigt, dass die Änderungen sich vor allem gegen unsere Universität richten.

ZEIT: Die Orbán-Regierung will Sie offenbar loswerden. Ihre Universität wurde gegründet vom Börsenmilliardär George Soros, der aus Ungarn stammt. Sie gilt in Regierungskreisen als Hort »liberal-extremistischer« Haltung. Sieht die Regierung in Universitäten wie der CEU eine außerparlamentarische Opposition?

Ignatieff: Ich sehe das nicht als politischen Streit. Wir haben unter den Mitarbeitern und Studenten viele, die Orbán gewählt haben, wir schreiben niemandem vor, was er wählen soll. Was hier versucht wird, ist ein Angriff auf die akademische Freiheit. Wir sind in vielerlei Hinsicht unabhängig von Ungarn, finanziell und auch was unsere Abschlüsse angeht. Damit hat man keine Kontrolle über uns, und das ist der Regierung offenbar ein Dorn im Auge. Aber mit dem Gesetz überschreitet sie klar eine Grenze. Derartige Aktionen gegen Universitäten gab es kürzlich schon in St. Petersburg und in der Türkei. In Ungarn hat das aber eine andere Qualität, das Land gehört immerhin zur Europäischen Union.

ZEIT: Was werden Sie jetzt unternehmen?

Ignatieff: Wir werden versuchen, in einen Dialog mit der ungarischen Regierung zu treten, haben aber auch vor, das Gesetz als verfassungswidrig anzufechten.

ZEIT: Das Gesetz kommt ausgerechnet jetzt, nach dem Regierungswechsel in den USA. Trump und Soros können sich nicht leiden. Womöglich verspricht sich Orbán, dass Trump die CEU gleichgültig ist und Sie nicht unterstützt?

Ignatieff: Dann hat er sich geirrt. Wir haben bereits von US-amerikanischer Seite Unterstützung zugesagt bekommen. Fest steht: Egal, was geschieht, die Central European University wird auf keinen Fall schließen. Wir machen weiter. Das sollen auch die deutschen Studenten wissen, die sich beworben haben.

Das Gespräch führte Christian Heinrich

Der kanadische Politiker und Historiker Michael Ignatieff lehrt an der Universität Havard, bevor er 2016 die Leitung der Central European University in Budapest übernahm

Professors Praxis



Ein Tipp für das Sommersemester, der wirklich super hilft, wenn es im Hörsaal mal wieder zu warm und zu eng wird

Stephan Porombka, 49, ist Professor für Texttheorie an der UdK Berlin. Mehr unter www.zeit.de/porombka

Ausgerechnet jetzt

Für ein Schuljahr nach Amerika – mit Donald Trump als Präsident! Vier Austauschschüler über hitzige Debatten im Unterricht, Streit mit den Gasteltern und die Angst um ihre mexikanischen Freunde **AUFGEZEICHNET VON JULIA NOLTE**

»Da ist so viel Hass, wo man gar nicht hassen müsste«



Jette Fritz, 17, kommt aus Buchholz und verbringt dieses Schuljahr an der Harrison High School in Evansville, Indiana

Ich bin seit acht Monaten in Indiana, einem zutiefst republikanischen Bundesstaat. Meine Gastfamilie ist weiß, christlich und republikanisch. Ich habe zwei Gastgeschwister, ein Mädchen in meinem Alter und einen Jungen, der ist 14. Die beiden stimmen in vielem nicht mit den Haltungen ihrer Eltern überein und streiten sich oft mit ihnen. Die Gasteltern waren absolute Trump-Unterstützer. Für mich war das interessant, weil ich an meiner Schule auch das komplett andere Bild mitbekommen habe. Ich würde sagen, 40 Prozent der Schüler bei uns sind Afroamerikaner, sie sind eigentlich alle gegen Trump. Als er die Wahl gewonnen hatte, haben viele geweint oder sind für ein paar Tage gar nicht zum Unterricht gekommen. Einer meiner Lehrer hat Schwarz getragen, wie bei einer Trauerfeier. Meine Gastfamilie hat sich gefreut über das Wahlergebnis. Die haben die ganze Zeit ja nur Fox geschaut. Hillary Clinton haben sie gehasst. Mitten in einem Fernsehduell hat meine Gastmutter den Fernseher ausgeschaltet und gesagt, sie will diesen Lügen nicht mehr länger zusehen.

Mit meiner Gastmutter hatte ich mal einen großen Streit, da hat sie richtig rumgeschrien. Ich wollte einfach wissen, warum sie, obwohl sie doch gläubige Christen sind, keine Flüchtlinge aufnehmen würden. Ich habe ihr erzählt, dass ich in Deutschland über meine Kirche Kontakt zu Flüchtlingen hatte und gut mit ihnen ausgekommen bin. Sie haben gefragt, ob ich da nicht Angst gehabt hätte.

Das Weltbild hier ist wirklich extrem konservativ. In der Kirche wird sonntags noch von der Rolle der Frau als Helferin des Mannes gepredigt. Meine Gastmutter verbietet mir, zu Target zu gehen, einer Supermarktkette, in der man tolerant mit dem Thema Transgender umgeht: Wenn sich zum Beispiel eine Frau wie ein Mann fühlt, darf sie die Herrentoilette benutzen. Meine Gasteltern finden das absonderlich. Was mich so schockiert: dass da so viel Hass ist, wo man gar nicht hassen müsste. Meine Gastmutter war Anwältin, ist also eigentlich eine sehr eigenständige Frau. Aber wenn man sie mit all den frauenfeindlichen Kommentaren von Trump konfrontiert, findet sie dafür immer irgendwelche Ausreden. Als ich im Wahlkampf bei der Kampagne eines demokratischen Landtagsabgeordneten hier in Indiana geholfen habe, sagte meine Gastmutter nur: »Denk dran, dass du in einem republikanischen Haushalt lebst.«

Das Ding ist ja: Meine Gasteltern geben mir ein Zuhause und Essen, dafür muss ich dankbar sein, was ich auch bin. Und ich komme ansonsten auch gut klar mit ihnen. Deswegen habe ich für mich beschlossen, dass ich das Thema Politik zu Hause einfach nicht mehr anschneide. Wenn sie von sich aus fragen, sage ich: »Wir haben zu verschiedene Meinungen, um das zu diskutieren.« Wenn ich über Politik reden will, dann mit meinen Freunden. Die Jugend hier ist zum größten Teil liberal und demokratisch. Die sind alle gegen Trump. Als wir in Geschichte über die Ermordung John F. Kennedys sprachen, fragten wir uns, ob es einen solchen Aufschrei wie damals auch geben würde, wenn so etwas mit Trump passieren würde. Da sagten die meisten, nein, da würde es keinen Aufschrei geben. Das war mir dann aber definitiv zu hart.

»Ich dachte, ich könnte etwas bewegen«



Fietje Becker, 17, kommt aus Jühnsdorf in Brandenburg und besucht gerade die Idaho Falls High School

Zehn Stunden saß ich vor dem Fernseher. Ich kam am Wahltag aus der Schule und hab sofort eingeschaltet. Außer zum Abendessen habe ich mein Zimmer bis drei Uhr morgens nicht mehr verlassen. Meine beiden Gastgeschwister sind irgendwann ins Bett, aber ich wollte wissen, wie es ausgeht und wie die einzelnen Bundesstaaten abgestimmt haben.

Als Austauschschüler des Parlamentarischen Patenschafts-Programms bin ich im sehr religiösen und republikanischen Idaho gelandet. Meine Gastfamilie ist religionslos und sehr entspannt, ich mag sie total. Es existieren hier durchaus verschiedene Meinungen, die aber alle akzeptiert werden. Zum Beispiel haben meine beiden Gasteltern völlig unterschiedliche Ansichten zum Thema Waffen. In unserem Haushalt befinden sich etwa 40 Waffen, und das, obwohl meine Gastmutter absolut dagegen ist. Sie respektiert jedoch das Recht meines Gastvaters, Waffen zu besitzen, und vertraut ihm, sie im Notfall richtig einzusetzen. Auch zwischen meinen Gastgeschwistern und ihren Eltern gibt es einige Meinungsunterschiede, zum Beispiel zu Trumps »America first«-Politik. Mein Gastvater hat für Trump gestimmt; meine Gastmutter eine unabhängige Partei gewählt. Sie gehen ganz offen damit um, und wir sprechen viel darüber, obwohl die Austauschorganisationen uns empfohlen haben, besser nicht über Politik zu reden.

Auf meiner Schule sind etwa 70 bis 80 Prozent Mormonen. Viele Eltern haben vermutlich tradi-

tionell republikanisch gewählt, auch wenn sie nicht unbedingt die Werte von Trump teilen. Ich vermute, dass auch der Großteil meiner Lehrer republikanisch ist. Politische Debatten werden hier, wie auch in Deutschland, in vielen Schulen nur ungerne aufgegriffen, um eine gewisse Neutralität zu wahren. Eine Ausnahme war eine meiner Lieblingslehrerinnen, bei der ich für ein Trimester das Thema *Understand Holocaust* hatte. Sie hat im Unterricht über die rassistische Komponente von Trumps Wahlprogramm gesprochen und meinte, dieser Präsident hätte verhindert werden müssen.

Die Schüler selbst veranstalten hier keine Proteste. Wir haben eine AG, die heißt »Junge Republikaner«, aber es gibt keine »Jungen Demokraten«. Das ist hier nicht so vielfältig. Ich finde das sehr schade. Hier kommt es einem manchmal noch vor wie im 19. Jahrhundert. Die strenge Gläubigkeit bestimmt unglaublich viel. Die Religion nimmt sogar Einfluss auf die Politik. Bei den Mormonen sind Alkohol und Kaffee strengstens verboten. Andererseits besitzen die Familien selbstverständlich all diese Waffen. Ich frage mich, ob sich das hier jemals ändern wird. Von Deutschland bin ich ja ein sehr offenes Umfeld gewohnt. Deshalb ist das Leben in Idaho für mich schon eine Umstellung. Themen wie Familie, Religion oder Toleranz muss man sehr sensibel ansprechen. Als gefährlich empfinde ich auch das weit verbreitete Halbwissen zu eigentlich allem, was außerhalb der USA passiert. Ich wurde gefragt, ob Berlin in Russland liege! Ich dachte, ich könnte vielleicht etwas bewegen, indem ich versuche, mein Umfeld zu korrigieren, aber das ist alles andere als einfach. Als Europäer nach Idaho zu kommen ist ein Abenteuer und manchmal eine Reise zurück in die Vergangenheit.



Idaho, Oregon, Indiana – viele deutsche Jugendliche landen in der tiefsten amerikanischen Provinz

»Eigentlich haben wir alle dasselbe Ziel«



Nico Nölken, 17, kommt aus der Nähe von Hamm und besucht die North Farmington High School in Michigan

Meine Gastfamilie wohnt in Farmington Hills, einem Vorort von Detroit, einer eher reichen Region in der Nähe einer eher armen Stadt. Meine Gastmutter ist Journalistin, mein Gastvater PR-Manager. Beide sind genauso politikinteressiert wie ich. Es geht bei uns eigentlich immer um Politik, manchmal reden wir zwei Stunden am Stück – über die Nachrichten aus der ganzen Welt, Neuigkeiten von Donald Trump und darüber, was in Detroit so los ist.

Vor der Wahl bin ich drei Tage lang von Haustür zu Haustür gegangen und habe Wähler registriert. Es war mühsam. Am Ende hatte ich fünf Personen, die sich angemeldet haben. Egal, ich wollte einfach was dafür tun, dass möglichst viele Leute abstimmen.

Meine Gasteltern haben für Clinton gestimmt. Ich finde es gut, dass hier jeder offen sagt, wen er gewählt hat. Vor ein paar Wochen bin ich allein nach Kalifornien geflogen und habe mich im Flugzeug mit einem Ehepaar unterhalten. Sie erzählten mir, dass sie beide Trump gewählt hätten, und die Frau sagte dazu, dass sie sich mittlerweile dafür schäme. Sie gaben aber auch zu, dass sie seine Politik mögen und begeistert waren von seinem Plan, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen.

Am Tag nach der Wahl waren meine Gasteltern und ich wirklich sehr schlecht drauf. Als feststand, dass Trump gewonnen hat, sind wir mit Freunden Eis essen gegangen. Zum Trost.

An meiner Schule haben wir sehr viele dunkelhäutige Menschen. Die waren natürlich größtenteils für Hillary Clinton. Wir sind sowieso eine liberale Schule. Am Eingangstor hängt immer noch ein altes Wahlplakat von Obama. Es gibt bei uns einen Club, der nennt sich Gay-Straight-Alliance, da treffen sich schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und heterosexuelle Schüler und tauschen sich über das Thema aus. Mein Gastbruder und ich gehen jede Woche hin. In Amerika gibt es mehr Gewalttaten gegen Schwule und Lesben als gegen dunkelhäutige Menschen. Das ist an unserer Schule ein großes Thema. Vor Kurzem haben wir einen Protest gegen Diskriminierung organisiert. Den Namen Trump haben wir gar nicht erwähnt, aber es war klar, gegen wen wir demonstrieren. Es gibt an unserer Schule auch einen jüdischen, christlich-irakischen sowie muslimischen Club und einen, der Hope heißt und Schülern mit Krebs Hoffnung geben soll. Eigentlich haben wir alle dasselbe Ziel, wir wollen uns für Weltoffenheit einsetzen.

Natürlich sind unter den 1400 Schülern auch Trump-Unterstützer. Manche tragen *Make America great again*-Kappen und Trump-T-Shirts. Am Tag nach der Wahl herrschte eine sehr aufgeheizte Stimmung. Es wurde über Lautsprecher von der Schulleitung durchgesagt, wir sollten das Thema ruhen lassen, so hitzig haben wir diskutiert. Manche Lehrer schlugen vor, im Unterricht besser nicht über Politik zu reden. Ein Mitschüler kam auf mich zu und rieb mir unter die Nase, dass Trump jetzt »unser« neuer Präsident sei. Er wollte provozieren, aber ich habe nur erwidert: »Herzlich Glückwunsch!« In einer demokratischen Gesellschaft sollte es normal sein, dass man dem Gewinner gratuliert.

»Es gibt Leute, die total ausrasten«



Pauline Schmincke, 16, aus Hamburg verbringt ein Jahr an der Forest Grove High School in Oregon

Obwohl die Stadt klein ist, ist meine Schule groß: Jeden Morgen versammeln sich hier 2000 Schüler aus der ganzen Umgebung. Mehr als 50 Prozent von ihnen stammen aus Mexiko. Für mich war klar, dass Hillary Clinton die Wahl gewinnen würde, weil hier in Oregon die Mehrheit für sie war. Als sie dann doch nicht gewann, war das eine ziemliche Überraschung, und das hat man auch in der Schule gemerkt.

Am Tag nach der Wahl war da echt nicht so gute Stimmung. Es gab ein paar Lehrer, die Trump gewählt hatten, die waren fröhlich. Aber die Mehrheit war schlecht gelaunt. Ich erinnere mich daran, dass ich Englisch und Amerikanische Geschichte hatte und dass beide Lehrer uns einen zehnmündigen Vortrag gehalten haben über Hass und Rassismus. Sie sagten: Auch wenn wir jetzt einen Präsidenten haben, der trotz diskriminierender und rassistischer Aussagen gewonnen hat, sollen wir immer noch tun, was richtig ist.

In der Mittagspause kam es zu einem Vorfall. Es gibt kaum Trump-Unterstützer unter den Schülern hier, aber einer hatte ein Schild mitgebracht. Auf dem war der Trump zu sehen. Und dann gab es eine Schlägerei auf dem Flur. Ich kam gerade aus einem Klassenraum, mein Gastbruder sah mich und sagte zu mir: »Pauline, geh weg, sonst gerätst du da hinein.« Seitdem ist es so: Wenn hier jemand etwas sagt, das pro Trump ist, gibt es unterschiedliche Re-

aktionen. Manche ignorieren das, andere fühlen sich attackiert und sagen das auch. Und es gibt Leute, die total ausrasten.

Mein Gastbruder ist ein Jahr älter als ich. In der Wahlnacht haben wir zu zweit vorm Fernseher gesessen und die Zwischenergebnisse verfolgt. Es war so spannend, dass wir nicht mehr ausschalten konnten. Seine Eltern haben beide nicht für einen der großen Kandidaten gestimmt, sondern für jemanden von einer anderen Partei. Deswegen waren sie nicht so traurig über das Wahlergebnis. Sie wussten, dass sowieso nicht das passiert, was sie wollten.

Für mich haben sich die Wahlen zuerst überhaupt nicht real angefühlt, sondern ziemlich weit weg. Zwischen der Westküste, wo ich jetzt wohne, und der Ostküste, wo Trump ist, liegen auch drei Stunden Zeitunterschied. Man denkt, Trump sitzt in Washington und kann uns nichts tun. Ich persönlich gehöre ja auch nicht zu den Leuten, die er attackiert. Aber die vielen Mexikaner hier, die sind schon betroffen.

Im Februar gab es einen Tag, an dem Leute von der Immigration Control nach Forest Grove kamen und nach illegalen Einwanderern gesucht haben. Da waren plötzlich deutlich weniger Leute in der Schule. Viele mexikanische Schüler sind zu Hause geblieben. Das war ein unguutes Gefühl. Wir haben inzwischen von Fällen im Umkreis gehört, bei denen man illegale Mexikaner aufgespürt hat und diese dann gehen mussten. Alle rechnen mit weiteren Kontrollen, und jeder hier hofft, dass niemand, den er kennt oder mit dem er befreundet ist, das Land verlassen muss. Inzwischen ist mir sehr bewusst, dass das Wahlergebnis real ist und dass es hier Menschen gibt, die sich wirklich vor Trump fürchten müssen.